

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 7-8

Artikel: Über das Wohnen in der Stadt : erhalten und erneuern
Autor: Blumer, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339877>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erhalten und erneuern

Man spricht viel vom Erhalten von Wohnraum und kämpft um jedes alte Haus. Man spricht vom Schutz der Quartiere und sieht vor allem dabei den Rand der City. Das Problem ist aber vielschichtiger und weiter verbreitet. Heute geht es im Grunde darum, die Stadt als lebendigen Organismus, als Wohn- und Arbeitsort aber auch Erholungsraum zu retten. Und das in ihrem Kern, in den daran angrenzenden Quartieren, aber auch in den Randgebieten, diesen oft ungenügenden Versuchen des neueren Städtebaus der Nachkriegszeit.

Die Ausgangslage

Das Zentrum der Stadt wird in einem immer stärkeren Mass zum Dienstleistungsverteiler. Büros und Geschäfte beanspruchen fast ausschliesslich diesen Raum. Verwaltungen, Spezialgeschäfte und die auf die Agglomeration ausgerichteten Normversorger prägen das Bild. Mieter, Tagesläden oder gar Kleingewerbe können sich die Mieten schon lange nicht mehr leisten. Die Bodenpreise steigen und verstärken diese Entwicklung. Die Innenstadt wird zur Tageserscheinung, nachts ist sie tot. Es bleibt der Konsum in den Vergnügungsvierteln. Vereinzelt übrig gebliebene Innerstadtbewohner werden verdrängt, und wo Planungsmechanismen die Wohnnutzung erzwingen, werden durch Umbauten und erhöhte Zinsen begüterte Kreise und Zweit-Stadtwohnungsbesitzer angelockt.

Der auf die Agglomeration ausgerichtete ausschliessliche Dienstleistungscharakter des

Zentrums und die grosse Massierung der Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor lassen aus dem durch öffentliche Verkehrsmittel kaum noch vernünftig erschliessbaren Siedlungsbrei der Vorstädte die Blechlawine der Autos anrollen.

Die City-Randquartiere müssen dieses Blech verkraften. Strassen und Trottoirs werden überstellt, Vorgärten zu Parkplätzen umfunktioniert. Der Bedarf an Büroarbeitsplätzen greift auch auf diese Quartiere über. Die Wohnnutzung kommt unter ökonomischen Druck. Grosse «schlecht genutzte» Wohnungen weichen besser rentierenden Büros, und wo es möglich ist, weicht das Wohnhaus dem Bürogebäude. Die Konkurrenz der Innenstadt trocknet die Quartierzentren aus. Der kollektive Aussenraum, einst soziale Bühne für die Quartierbewohner (Strasse, Allee, Platz und Park) wird zum Verkehrskanal, der vom Privatfahrer beherrscht und geformt ist.

In den Aussenquartieren ist die Situation anders, aber nicht etwa ermutigender. Auch sie werden vom Sog des Zentrums geprägt und verkümmern zu Schlaforten. Bestimmt von den Interessen der Grundbesitzer und gestaltet durch die zufällige Form von Parzellen, auf denen nach Zonenplan und Baureglement die Baukuben so angeordnet werden, dass der grösste Profit herauspringt, sind Wohngebiete entstanden, die öfters nicht einmal den Ansatz eines gestalteten, brauchbaren gemeinsamen Aussenraumes zeigen. Es fehlt die Quartierge-

stalt, eine Möglichkeit, sich mit seinem eigenen Wohngebiet zu identifizieren und nicht zuletzt dem Quartier dienende kollektive Einrichtungen und Begegnungsstätten.

Ursachen

Die Ursache für die skizzierte Entwicklung liegt nicht in einzelnen Fehlern oder falschen Entscheiden. Sie ist vielmehr in der gesamthaften gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage zu suchen. Zum einen muss hier die Umlagerung der Arbeitsplätze in den Dienstleistungssektor genannt werden, dann der generelle Trend zur Konzentration in der Wirtschaft und die Vergrösserung der Verwaltungsapparate im privaten und öffentlichen Sektor. Bekanntlich tendieren solche Organismen zur Innenstadt. Zum zweiten kommt die vergrösserte Mobilität hinzu. Das Privatauto erst erlaubt, aus der zersiedelten Agglomeration in die Stadt zur Arbeit zu fahren. Drittens spielt der private Grundbesitz mit seinem Monopolcharakter eine wesentliche Rolle. Er erlaubt dem Eigentümer, mit ansehnlichen Profiten die Dienstleistungsnutzung zu bevorzugen. In dieser Situation ist im weiteren eine starke, durch die Umstrukturierung des Familienverbandes (Kleinfamilien, Einzelhaushalte, frühes Weggehen der Kinder etc.) verursachte Vergrösserung des Wohnflächenbedarfes festzustellen. Die Folge davon ist, dass z.B. in den bestehenden Quartieren, zusätzlich zur Nutzungsentfremdung der Wohngebäude durch Verwaltungen, Büros und Institutionen, eine Bevölkerungsausdünnung durch wachsenden Wohnflächenbedarf entsteht. Bei gleichbleibender baulicher Dichte sinkt die Bevölkerungszahl und damit auch die Nachfrage nach Quartiereinrichtungen und

Dienstleistungen und so auch die Qualität und Attraktivität des Quartiers.

Ohne die demografischen und sozialen Komponenten zu unterschätzen, darf aber wohl gesagt werden, dass es die wirtschaftlichen Profitinteressen sind, die als Ganzes die Stadt immer mehr aus einem Lebensbereich in einen, einigen wenigen dienenden Produktionsmechanismus verwandeln. Soll daher dieser Zustand geändert werden, so kann der Einsatz für das einzelne zu erhaltende Wohnhaus nicht genügen. Es müssen Mittel gefunden werden, um wirksam in die Gesamtentwicklung eingreifen zu können. Dabei, und das sei hier klar gesagt, ist der Einsatz für das Einzelobjekt, die Besetzung des Hauses oder auch nur des Baumes ebenfalls ein Teil der Anstrengung, die Stadt als gemeinschaftlichen Lebensraum zu erhalten.

Ziele und Mittel der Wohnraum und Quartiererhaltung.

Ziel ist die Erhaltung der Stadt als kollektiven Lebensraum. Das bedeutet, Wohnnutzung auch im Stadtinneren, Konsolidierung der Cityrandquartiere und Stärkung der Quartierzentren, Reurbanisierung der Aussenquartiere und Schaffen von räumlich erlebbaren Identifizierungsmöglichkeiten. Ziel ist das Bewahren von Wohnraum und angestammter Quartierumgebung, und zwar auch für finanziell schwache und alte Bürger. Ziel ist das Bewahren und Schaffen von Freiräumen für Andersdenkende und für Randgruppen, Ziel ist es, in der Stadt wieder wohnen zu können.

Die Mittel für das Erreichen dieser Ziele sind Aktionen und Politik. Als erster Schritt sicher die Verteidigung bestehender Qualitäten und Möglichkeiten. Also der Kampf gegen den Abbruch, gegen das Abholzen der

Stadtbäume, gegen das Verbreitern der Strassen, gegen das Zerstören der Vorgärten. Etwas weiter gesehen, die Zusammenhänge bedenkend, werden andere Strategien wichtig:

● Eine Verkehrspolitik und Verkehrsplanung, welche dem öffentlichen Verkehr ins Zentrum ausschliessliche Priorität gibt. Die Beschränkung der Parkierungsmöglichkeiten sowohl im Zentrum wie auch in den anstossenden Quartieren (Bewohnervignetten). Eine Siedlungsform in der Agglomeration, die konzentriert auf die öffentlichen Betriebe und nicht das Privatauto ausgerichtet ist.

● Eine Siedlungspolitik, welche das weitere Aufblasen der Zentren durch Läden und Büros unterbindet, die Einkaufsmöglichkeiten in den Quartieren steigert, die Quartierzentren städtebaulich und in ihrer Nutzung attraktiver gestaltet, z.B. gemeinschaftliche Einrichtungen.

● Eine Arbeitsplatzpolitik, welche auf eine Dezentralisierung der Arbeitsplätze auch auf dem Dienstleistungssektor hin arbeitet. Und das vor allem da, wo über die öffentliche Hand Einflussmöglichkeiten bestehen. Kein Einsitzen in bestehende Wohnsubstanz durch Verwaltungen, Universitäten, Institute etc.

● Eine Nutzungspolitik, die durch Nutzungszonenpläne und Bauklassenpläne, welche auf den jeweiligen Quartiercharakter abgestimmt sind, dazu führt, dass Quartiere nicht wegen höherer Nutzungsmöglichkeit als die bestehende Bausubstanz sie zeigt, gewaltsam zerstört und völlig umfunktioniert werden können.

● Eine Schutzpolitik, die echten Quartier- und Objektschutz gewährleistet. Die vor allem auch darauf achtet, dass der öffentliche Raum nicht von Privatnutzungen belegt wird, z.B. Ladeflächen für Grossverteiler,

Parkierung, Verkaufsflächen und Abstellbereiche etc.

● Ein Städtebau, welcher die Reurbanisierung der offenen und unorganisierten Aussenquartiere fördert.

● Eine Bodenpolitik, welche durch Sichern von strategisch wichtigen Grundstücken die Umformung von Wohnquartieren bremst, durch Verbessern der Nutzung und städtebaulichen Situation die Aussenquartiere der Nachkriegszeit verbessert, durch Ausnützung von Reserven, durch Wohnnutzungen die Quartiere, wo verantwortlich, verdichtet und durch Bereitstellung von Boden kostengünstigen kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ermöglicht.

SP-Bildungstelefon

du steihsch acht stund am tag
am wärchbank als schlyffer
dyni hand glettet e rohform
u dy chopf
formet wünsch
werum verplämperlich dyni zyt
a d gedanke
du chasch lang
chrüz u quer
dür d wüeschi louffe
«dyni stadt»
fingsch nid
sie het no nie äxistiert
u sie wird nie sy
gsehsch höchstens
als fatamorgana
e troumstadt
en oase
grüen
voll böim u blüete
flüss u kanääl
un überall hüser
mit fröhliche mönsche
aber du steihsch acht
stund am tag
am wärchbank als schlyffer
dyni hand glettet e rohform
u dy chopf
formet wünsch

SP Aargau 064 / 22 41 02